

...weil der IWF die Privatisierung der Bildung forciert.

Die Interventionen des IWF gleichen sich oft. Gerät ein Land in eine finanzielle Krise, kommt der Internationale Währungsfonds und bietet den betroffenen Regionen Kredite unter der Bedingung von Strukturanpassungen an. Die Strukturen sollen in allen Bereichen angepasst werden. Für die Bildung bedeutet dies nichts anderes, als dass die Regierungen Sparmassnahmen einleiten und dadurch Bildungsangebote gekürzt oder ganz gestrichen werden. Dies hat zur Folge, dass immer mehr Bereiche der Bildung schrittweise privatisiert werden. Ein aktuelles Beispiel bietet Lettland. Die Regierung versprach 2009 als Bedingung für erhaltene IWF-Kredite Einsparungen in der Höhe von 712 Mio. Euro zu tätigen. Um auf diesen Betrag zu kommen, sicherte die Regierung unter anderem zu, rund 100 Schulen und etwa zwei Dutzend Krankenhäuser zu schliessen. Leider ist nicht anzunehmen, dass sich die Kranken sich plötzlich selber heilen und die Schüler_innen sich selbst unterrichten können. Durch die Schliessungen entstehen in diesen Segmenten Lücken, in welche dankend die privaten Anbieter springen. Sie erkennen die plötzliche entstehende Nachfrage nach Bildung und beginnen diese für teures Geld als Ware zu verkaufen. Es wäre falsch, anzunehmen, dass es sich bei dieser Entwicklung nur um ein Randphänomen handelt. Auch reiche Staaten wie beispielsweise Deutschland werden nicht vor neoliberalen Sparmassnahmen verschont. Dies hat zur Folge, dass der Druck auf die Bildung immer mehr steigt und die Privatisierungsmassnahmen zunehmen.¹ In den meisten Fällen schreibt der IWF nicht direkt vor, dass die Bildung privatisiert werden soll. Doch mit seiner neoliberalen Praxis, gemäss welcher der öffentliche Sektor möglichst ausgetrocknet gehört, legt er die Bausteine dafür, dass immer mehr Bereiche der Bildung ganz oder zum Teil von profitorientierten Unternehmen geführt werden. Zudem sorgt der steigende Druck auf dem Arbeitsmarkt – beispielsweise ausgelöst durch Privatisierungen und die folgenden Entlassungen – dafür, dass viele Eltern bereit sind, ihr Vermögen in die Ausbildung ihrer Kinder zu stecken, um ihnen wenigstens den Hauch einer Chance zu vermitteln. Private Anbieter können mit besseren Angeboten wie beispielsweise kleineren Klassen werben und diese Ausbildungsplätze folglich für viel Geld verkaufen. Daraus folgt die schrittweise Privatisierung der Bildung in der Praxis, ohne dass die Regierungen der betroffenen Länder dies selbst offiziell einleiten. Wie Interventionen des IWF solche Grundlagen für die allmähliche Privatisierung der Bildung legen, lässt sich anhand der beiden Beispiele Griechenland und Honduras aufzeigen.

¹ Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Privatisierungsreport – 10. Wie die Finanzkrise die Privatisierung des Bildungswesens vorantreibt.

Schliessung von Schulen in Griechenland

Die Griechenland aufgezwungenen Sparmassnahmen sehen unter anderem vor, dass über 1500 Schulen und bis zu 800 Schulbibliotheken geschlossen werden sollen. Die Löhne der Lehrer_innen werden im Zuge der Einsparungen bei den Staatsangestellten gekürzt und unzählige Stellen werden nicht mehr neu besetzt. Zudem soll das Budget für den Bildungsbereich in den nächsten Jahren kontinuierlich gesenkt werden. Natürlich gibt es auch in Griechenland nicht plötzlich weniger Schülerinnen und Schüler. Folglich werden die Klassen grösser, das Angebot schlechter und diejenigen, die es sich leisten können wechseln zu teuren, privaten Anbietern. Doch nicht nur Abbau sondern auch neoliberale Reformen prägen das Bild der griechischen Bildungspolitik. Unter dem wachenden Auge der Troika soll die Bildung ganz nach der Logik des Marktes ausgerichtet werden. Beispielsweise schlägt die Bildungsreform vor, dass aus Rektor_innen Manager_innen werden sollen, die – ganz nach der Ideologie des freien Marktes – in Konkurrenz mit anderen Schulen dafür sorgen müssen, dass ihre eigene Bildungsstätte genügend finanzielle Unterstützung erhält. Geht es nach dem Internationalen Währungsfonds, dann soll nur noch das gelehrt werden, was direkt verwertbar ist. Kein Wunder also, dass im Rahmen des Austeritätsprogramms schulische Einrichtungen wie Umweltlehrstätten und Sportschulen komplett gestrichen wurden. Wer trotzdem auf ein solches Angebot zurückgreifen möchte, muss sich bei teuren privaten Anbietern umsehen. Es zeigt sich, dass der Eingriff des IWF nicht nur zum Abbau von Bildungsangeboten führt sondern dass als Folge daraus auch eine schrittweise Privatisierung vonstattengeht.

Bildungsreform auf Anraten des IWF in Honduras

Ein anschauliches Beispiel wie Bildungsabbau und Privatisierung mit Mithilfe des IWF forciert werden zeigt sich seit einem Jahr in Honduras. Auf Anraten des Internationalen Währungsfonds arbeitete das Land ein neues Bildungsgesetz aus. Dieses sieht unter anderem vor, dass das Bildungswesen dezentralisiert und in die Hände der Gemeinden gegeben wird. Dies hat zur Folge, dass sich die reichen Regionen in absehbarer Zeit eine bessere Bildung leisten können als die armen Gegenden. Der entscheidende Punkt liegt jedoch darin, dass sich nach dem neuen Gesetz künftig Eltern, Geistliche, lokale Körperschaften aber auch private Unternehmen an den entscheidungstragenden lokalen Bildungskomitees beteiligen können. Die honduranische Regierung versucht, diese Entwicklung unter dem positiv klingenden Begriff der „Demokratisierung des Bildungswesens“ zu verkaufen. De facto wurde damit aber nichts anderes als die Möglichkeit geschaffen, dass sich private Unternehmen am Bildungsbereich bereichern können.

Protest und Widerstand

Die IWF-Eingriffe im Bereich der Bildung werden jedoch nirgendwo kampflos hingenommen. In Honduras gibt es bis heute massive Proteste von Schüler_innen, Lehrer_innen und Student_innen gegen die Bildungsreform. Auch in Griechenland gibt es einen vielseitigen Protest von Gewerkschaften und politischen Organisationen gegen den Bildungsabbau. Neben den Studierenden und Lehrenden, die ihren Protest auf die Strasse tragen, hat sich beispielsweise ein Komitee aus Archäolog_innen und Angestellten des Kulturministeriums gebildet, die gegen den Ausverkauf und die Schliessung historischer Stätten und Orte aufgrund von Sparmassnahmen kämpfen.² Aber auch in unseren Regionen regt sich Widerstand gegen den neoliberalen Abbau im Bildungsbereich. Beispielsweise wurde ein von Professor_innen und anderen universitären Mitarbeiter_innen getragenes Komitee gegründet, welches sich gegen die sozialfeindlichen Sparmassnahmen wehrt. Unter dem Namen „Demokratie statt Fiskalpakt“ unterstützen die Unterzeichner_innen des Aufrufs die vielseitigen Proteste gegen die Massnahmen von IWF und Konsorten.³

² <http://www.sea.org.gr/>

³ <http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org/>